

Kernpunkte 11

November 2012 / Kurzdokumentation zur Kernenergiediskussion: Tatsachen und Argumente

Jahresrevisionen 2012 in Schweizer Kernkraftwerken abgeschlossen

Nach der Revision und Wiederinbetriebnahme des Kernkraftwerks Gösgen im Juni sowie Beznau und Mühleberg im September hat auch das Kernkraftwerk Leibstadt im Oktober die Jahresrevision 2012 abgeschlossen. Neben dem Austausch von Brennelementen wurden diese mehrwöchigen Stillstände auch für Kontroll-, Unterhalts- und Prüfarbeiten genutzt. Das Kernkraftwerk Leibstadt führte die bisher umfangreichste Revision in seiner Geschichte durch. Neben den standardisierten Revisionsarbeiten wurden verschiedene Grossprojekte abgewickelt, darunter der Ersatz des Generators und die Umrüstung der Kühlturmeinbauten. Eine unvorhergesehene Reparatur an einem Speisewasserstutzen verlängerte ausserdem die Revisionsdauer um gut fünf Wochen.

Ensi-Stellungnahme zu den Kostenstudien für Stilllegung und Entsorgung

Das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi) beurteilt die Kostenstudien 2011 für Stilllegung und Entsorgung, die der Branchenverband swissnuclear ausgearbeitet hat, als realistisch. Das Ensi hat die 2011 aktualisierten Studien einer technischen Überprüfung unterzogen und kommt zum Schluss, dass sie «vollständig und korrekt» ausgeführt wurden. Der Nachbetrieb und die Stilllegung der schweizerischen Kernanlagen sowie die Entsorgung der radioaktiven Abfälle werden laut Kostenstudien im Ganzen 20,7 Milliarden Franken kosten. Davon sind bis zur Ausserbetriebnahme der Werke insgesamt 11,4 Milliarden in den Stilllegungsfonds und in den Entsorgungsfonds sicherzustellen. Die übrigen 9,3 Milliarden Franken werden laufend direkt durch die Kernkraftwerksbetreiber bezahlt. Der Umfang der Kostenschätzungen ist laut Ensi für den aktuellen Projektstand ausreichend. Es hat zur Überprüfung der Kosten-

studien externe Experten beigezogen. Für die nächste Aktualisierung der Kostenstudien im Jahr 2016 hat das Ensi zwölf Empfehlungen formuliert. So sollen bis dann beispielsweise Erfahrungen aus abgeschlossenen Stilllegungsprojekten im Ausland in die Studien einfließen.

Grüne Partei der Schweiz reicht Atomausstiegsinitiative ein

Die Grüne Partei der Schweiz hat am 16. November 2012 der Bundeskanzlei die Unterschriften für ihre eidgenössische Volksinitiative «Für einen geordneten Ausstieg aus der Atomenergie (Atomausstiegsinitiative)» abgegeben. Sie verlangt eine Änderung von Artikel 90 (Kernenergie) der Bundesverfassung und fügt einen neuen Artikel in die Übergangsbestimmungen ein. Demnach soll der Betrieb von Kernkraftwerken zur Erzeugung von Strom oder Wärme verboten werden. Die Kernkraftwerkseinheit Beznau-1 sei ein Jahr nach Annahme der Initiative durch Volk und Stände ausser Betrieb zu nehmen. Die übrigen Blöcke müssten 45 Kalenderjahre nach ihrer kommerziellen Inbetriebnahme vom Netz. Das bedeutet laut Grüner Partei die folgenden Abschaltzeiten: Beznau-2 und Mühleberg 2017, Gösgen 2024 sowie Leibstadt 2029.

World Energy Outlook 2012: Nachhaltigkeit in weiter Ferne

Die Stromproduktion aus Kernkraftwerken wird bis 2035 um 60% gegenüber dem Niveau von 2010 steigen. Dies besagt der World Energy Outlook 2012 der Internationalen Energieagentur (IEA), der am 12. November 2012 in London vorgestellt wurde. Damit verringert die IEA ihr 2011 prognostiziertes Wachstum um 10%. Ein Zuwachs an kohlenstoffarmer Energie- und Stromproduktion sei jedoch dringend nötig, um das globale Energiesystem auf einen nachhaltigeren Pfad zu lenken. Dies dürfte ge-

Redaktion:
M.-F. Aepli, R. Bilang,
M. Brugger, M. Rey,
M. Schorer, D. Stebler

Nuklearforum Schweiz
Postfach 1021
3000 Bern 14
Telefon 031 560 36 50
Telefax 031 560 36 59
info@nuklearforum.ch
www.nuklearforum.ch

Erscheint 12-mal jährlich
ISSN 1421-0347

© 2012 by Nuklearforum Schweiz

mäss IEA auch unter Berücksichtigung aller aktuellen Entwicklungen und Massnahmen nicht gelingen. Selbst wenn alle Staaten die jüngsten Selbstverpflichtungen beim Klimaschutz im Grossen und Ganzen einhalten, rechnet die IEA mit einer langfristigen globalen Erderwärmung um 3,6°C. Um das angestrebte Ziel von höchstens 2°C zu erreichen, sind laut IEA weitere Anstrengungen nötig.

Tschechisches Energiekonzept setzt auf Kernenergie

Gemäss dem neuen Energiekonzept der Tschechischen Republik soll der Kernenergieanteil am Strommix erhöht und im Gegenzug der Kohleanteil verringert werden. Das Konzept umfasst den Bau von zwei zusätzlichen Kernkraftwerkeinheiten am bestehenden Standort Temelín und die Verlängerung der Betriebsdauer der vier Einheiten am Standort Dukovany auf 60 Jahre. Zudem soll in Dukovany eine fünfte Einheit errichtet werden. Damit würde der Kernenergieanteil am Strommix bis 2040 von heute rund einem Drittel auf mindestens die Hälfte steigen. Im Gegenzug würde der Kohleanteil von gegenwärtig 60% auf rund einen Fünftel sinken. Ziel ist es laut der tschechischen Regierung, 80% des Strombedarfs aus inländischen Quellen zu decken. Das diene der Versorgungssicherheit, der Wettbewerbsfähigkeit und der Sozialverträglichkeit. Die Regierung hat das Konzept am 8. November 2012 zur Kenntnis genommen. Sobald der Zusatzbericht über die Umweltauswirkungen vorliegt, wird das Energiekonzept der Regierung zur Genehmigung vorgelegt.

Referendum für Kernkraftwerksbau in Bulgarien

Ende März 2012 hatte die bulgarische Regierung bekannt gegeben, auf den Fertigbau des Kernkraftwerks Belene durch Russland verzichten zu wollen. Stattdessen solle das Kernkraftwerk Kosloduj um eine neue Einheit erweitert werden. Daraufhin erwirkte die von der Sozialistischen Partei geführte Opposition die Durchführung einer Volksabstimmung, da sie das Belene-Projekt befürwortet. Aus verfassungsrechtlichen Gründen darf das bulgarische

Stimmvolk jedoch nicht über ein konkretes Projekt abstimmen. Es wird sich demnach am 27. Januar 2013 zur Frage «Soll die Kernenergie in Bulgarien durch den Bau eines neuen Kernkraftwerks weiter entwickelt werden?» äussern.

Frankreich genehmigt Bau von Iter

Der französische Premierminister Jean-Marc Ayrault hat am 10. November 2012 die Baugenehmigung für den Internationalen Thermo-nuklearen Experimentalreaktor (Iter) unterzeichnet. Die Baugenehmigung für den Standort Cadarache in Südfrankreich ist 25 Jahre gültig. Die Schweiz ist am Iter-Projekt beteiligt.

Australien: Queensland hebt Uranabbauverbot auf

Im australischen Bundesstaat Queensland darf bald wieder Uran abgebaut werden. Die Regierung hat das seit 1989 geltende Verbot im Oktober 2012 aufgehoben. Der liberale Premierminister Queenslands, Campbell Newman, erklärte, der Entscheid sei nach einer intensiven öffentlichen Debatte gefallen. Die bekannten Uranlagerstätten in Queensland haben einen geschätzten Wert von umgerechnet 9,6 Milliarden Franken. Die Regierung des Bundesstaates hält fest, dass weder die Nutzung der Kernenergie zur Stromproduktion noch Anlagen zur Entsorgung radioaktiven Abfalls in Betracht gezogen würden.

Die «Kernpunkte» können Sie auch als elektronischen Newsletter unter www.nuklearforum.ch bestellen.